

Niedersächsischer Landtag  
Abgeordneter Klaus Schneck

**Klaus Schneck, MdL**

Landtagsabgeordneter für Gifhorn Nord / Wolfsburg

MdL-Büro Klaus Schneck  
Mitarbeiter: Jan Schwarz

Heinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

Telefon: 05834 - 530185  
0511 - 30303348

e-mail: klaus.schneck@lt.niedersachsen.de

Hannover, 17.09.2009

P  
R  
E  
S  
S  
E  
M  
I  
T  
T  
E  
I  
L  
U  
N  
G

## Schneck: "Land soll NPD-Verbotsverfahren vorantreiben!"

„Die NPD versucht überall ihre menschenverachtenden Positionen zu verbreiten. Auch die Bemühungen, in Wolfsburg ein Museum einzurichten, dienen nur dazu einen Anschein von Seriosität zu erzeugen. Dies dürfen wir in Wolfsburg nicht hinnehmen. Die NPD muss auf allen Ebenen bekämpft werden“, so Schneck.

Deshalb begrüßte Schneck, dass sich der bayerische Innenminister der Forderung der SPD-Innenminister angeschlossen hat, ein neues NPD-Verbotsverfahren anzustrengen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die niedersächsische Landesregierung auf, sich diesem Plan anzuschließen. "Wir sind uns durchaus bewusst, dass ein NPD-Verbot allein nicht ausreicht, antisemitische, rassistische und rechtsextreme Orientierungen in der Bevölkerung zu verhindern. Gleichwohl bietet ein Verbot der NPD die Möglichkeit, den Aktionsradius der organisierten Rechtsextremisten entscheidend einzuschränken", sagte SPD Landtagsabgeordnete Klaus Schneck.

Mithilfe eines Entschließungsantrags will die SPD das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages bringen. Darin wird die Landesregierung unter anderem dazu aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ein neuerliches Verbotsverfahren den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts von 2003 entspricht und nicht an der V-Leute-Problematik scheitert.

"Zahlreiche öffentliche Auftritte von NPD-Funktionären haben den aggressiven, verfassungsfeindlichen Charakter dieser Partei mehr als deutlich gemacht. Insofern hat sich die Beweislage für ein NPD-Verbot nicht verschlechtert", sagte Schneck. Sie forderte die Landesregierung dazu auf, die für ein Verbot der NPD notwendigen Erkenntnisse schnellstmöglich so zu verdichten, dass das Verbotsverfahren im zweiten Anlauf nach 2001 neu angegangen werden kann.